

---

## GESCHICHTE DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG

Rezension von: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im zwanzigsten Jahrhundert. Band 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914–1919, bearbeitet von Klaus Schönhofen, 825 Seiten, öS 764,-; Band 2: Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919–1923, bearbeitet von Michael Ruck, 1098 Seiten, öS 764,-; Band 3: Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise, 1924–1930, bearbeitet von Horst A. Kukuck und Dieter Schiffmann, 1586 Seiten in zwei Teilbänden, je öS 764,-; Band 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik, 1930–1933, bearbeitet von Peter Jahn, 1023 Seiten, öS 764,-; Band 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945–1949, bearbeitet von Siegfried Mielke unter Mitarbeit von Peter Rütters, Michael Becker und Michael Fichter, 1182 Seiten, öS 764,-; Band 8: Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945–1949, bearbeitet von Siegfried Mielke, öS 430,-; Bund Verlag Köln

---

Im Bundverlag, der dem deutschen Gewerkschaftsbund gehört, erscheint eine auf acht Bände angelegte Quellensammlung zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Die Bände 1–4, 6 und 8 liegen bereits seit längerem vor. Der Titel dieser Sammlung ist etwas irreführend, weil die ersten vier Bände fast ausschließlich Materialien des ADGB enthalten, also des Dachverbandes der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Nur wenige Dokumente betreffen die christlich-sozialen bzw. Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften oder die einzelnen Fachgewerkschaften. Gerade diese Beschränkung aber

macht die Bände zu einer hochinteressanten Lektüre. Neben Resolutionen, Eingaben, Briefe sind es vor allem die Protokolle der Vorstandssitzungen (zunächst Konferenz der Verbandsvorstände; dann Sitzung des Bundesausschusses, letztlich Sitzung des Bundesvorstandes), die abgedruckt wurden. Da es sich dabei überwiegend um Diskussionsprotokolle handelt, kann man sämtliche Vorstandsdiskussionen vom Juni 1914 bis April 1933 lesen. Der bis jetzt noch nicht erschienene Band 5 wird die Zeit von 1933 bis 1945 behandeln, die Bände 6–8 behandeln die Zeit 1945–1949 (Band 7 noch nicht erschienen). Jeder der Bände hat eine kurze, sehr informative Einleitung, Indizes und Personenverzeichnisse. Der umfangreiche Fußnotenapparat gibt viele Querverweise, Erklärungen und Hinweise auf Sekundärliteratur.

Der erste Band umfaßt die Periode Juli 1914 bis Juli 1919 – also Weltkrieg und Revolution. Diese Periode gilt als entscheidende Phase für die deutsche sozialistische Bewegung: erst Zustimmung zum Krieg, dann Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung. Die Spaltung der Arbeiterbewegung mit ihren verheerenden Konsequenzen war die Folge. Wie diese Ereignisse von den führenden Gewerkschaftern wahrgenommen, wie sie darüber sprachen, ist faszinierend zu lesen. Vorsicht ist aber geboten: Liest man heute etwa die Protokolle von August 1914 (Dok. 2), so erschrickt man. Aber man liest das heute mit dem Wissen um vier Jahre Krieg. Heute weiß man, daß die Zustimmung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zur Führung des Krieges eine Zäsur von historischer Bedeutung war.

Die Akteure aber waren nicht damit beschäftigt, Geschichte zu machen. Für sie war die Aufrechterhaltung der Organisation von Bedeutung. Das Protokoll der Sitzung vom 2. August 1914 beginnt mit folgenden Worten:

„Es wird zunächst über die Maßnahmen beraten, welche von den Vorstän-

den zu treffen sind, um das Material und Eigentum der Gewerkschaften für den Fall sicherzustellen, daß diese in Folge des Kriegszustandes aufgelöst werden sollte. Ist diese Gefahr auch nach Mitteilung, die die Generalkommission erhalten hat, nicht nahegerückt, so wäre es doch gut, sich für alle Eventualitäten zu rüsten.“ (Dok. 2, S. 74). Vor allem die Kassierung der Mitgliedsbeiträge mußte gesichert werden.

Gefährdet waren die Organisationen zunächst durch die Beendigung der Arbeitsverhältnisse der Einrückenden, drohende Arbeitslosigkeit in Industriezweigen, die für die Kriegswirtschaft unnötig waren, finanzielles Ausbluten durch eben diese Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit der Unterstützungszahlungen. Später war es dann die Spaltung der Sozialdemokratie, die den Gewerkschaften Angst um ihre eigene Organisationen machte.

Das Überleben der Organisation war nicht nur Selbstzweck. Sie sollte den Krieg überstehen, um im kommenden Frieden wieder ihre alten Aufgaben weiterführen zu können. Daß eine Welt bei diesem Krieg zugrunde gehen wird, war nicht vorstellbar. Aber auch während des Krieges wollten die Gewerkschaften für ihre Mitglieder eintreten. Die Unternehmer sind dabei nicht mehr primär die Feinde, gegen deren Widerstand und auf deren Kosten etwas durchgesetzt werden soll, sondern gemeinsame Lösung der vom Krieg verursachten Wirtschaftsprobleme werden angestrebt (z. B. Dok. 6). Diese Gemeinsamkeit wird auch gegenüber dem Staat betont, der offensichtlich als Repräsentant der gesamten Gesellschaft gesehen wird – etwa in den Diskussionen um das Kriegshilfsgesetz, welches Zwangsmaßnahmen am Arbeitsmarkt vorsah.

Der Widerstand gegen den Krieg wird als Unordnung erlebt, mit der man nichts zu tun haben will. Die Linke, die Rätebewegung, die siegreichen Bolschewiki gehen nicht einen falschen politischen Weg, sondern er-

zeugen Unordnung. Aus der Sitzung vom 1. Februar 1918 zum Beispiel wird die Wortmeldung des Vertreters der Buchdrucker wiedergegeben mit:

„In seiner Organisation habe bisher straffe gewerkschaftliche Disziplin geherrscht. Diese Disziplin würde untergraben, wenn sich bewahrheiten sollte, daß die ‚Arbeiterräte‘ zu einer dauernden Einrichtung würden. Dann würden wir zweifellos sehr geistreiche Diskussionen erleben, mit den bisherigen gewerkschaftlichen Erfolgen wäre es aber zu Ende.“ (Dok. 48, S. 426)

Der nächste Redner stimmt diesen Ausführungen zu, um dann festzustellen,

„Jeder Massenstreik hat für die Gewerkschaften eine schädliche, zerstörende Wirkung.“

Wohin diese Unordnung führt, sollte sich bald darauf zeigen. Am 1. November 1918 wurde im Vorstand eine Resolution zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung diskutiert und verabschiedet. Im Protokoll wird dieser Punkt mit der lakonischen Feststellung abgeschlossen:

„(in Folge der am 9. November erfolgten Revolution ist die Einreichung der Eingabe an den Bundesrat und Reichstag nicht mehr erfolgt)“ (Dok. 55, S. 517 f.)

Auch in der Republik hielten die Gewerkschaften größten Abstand von den revolutionären Bewegungen. Die Herausforderung durch die Revolutionäre wurde aber aufgenommen. Man findet Diskussionen zum Problem der Stellung der Gewerkschaften in einer sozialistischen Gesellschaft: Darf in einem sozialistischen Betrieb gestreikt werden? Sollen sich die Gewerkschaften direkt am Aufbau beteiligen, oder muß es auch im Sozialismus Organisationen der Arbeitenden geben, die unabhängig von der Wirtschaftsleitung sind? (Dok. 65) Welche Bedeutung haben die Betriebsräte? Aber auch die Veränderung der Lohnhierarchien im Gefolge der Revolution stand zur Diskussion. Ein Vertreter der Lithographen:

„Deshalb habe ich den Auftrag unseres Verbandsvorstandes, anzuregen, daß die Gewerkschaften diesen Lohn-treibereien nicht mehr länger zusehen. Wenn wir lesen, daß die Treptower Straßenkehrer einen Stundenlohn von 3,05 Mark anstreben, während graphische Arbeiter mit akademischer Bildung nur 70 bis 80 Mark wöchentlich haben, so sind das natürlich unhaltbare Zustände.“ (Dok. 62, S. 629)

Abschließend zu diesem Band sei vermerkt, daß es den Rezensenten als Österreicher mit Stolz erfüllt hat, als er folgende Stelle fand:

„Brei empfiehlt, die Sache so zu behandeln wie die österreichischen Gewerkschaften das getan haben: ‚Beratung und Beschlußfassung auszusetzen bis zu einem geeigneten Zeitpunkt!‘ Redner verkennt nicht, daß der Gedanke ein guter sei.“

Der zweite Band umfaßt die Periode von der Konsolidierung nach der Revolution bis zur Ruhrkrise 1923. Die Gewerkschaften mußten ihre Stellung in der Gesellschaft neu bestimmen. Sie waren durch die politische Stärke der sozialdemokratischen Partei im Staat selbst zu einem staatlichen Machtfaktor geworden. Die mit dem Umsturz verbundene wirtschaftliche Krise schwächte aber die Gewerkschaften. Die Unlust, am politischen Geschehen als Akteur mitzugestalten, wird bei der Durchsicht der Dokumente deutlich: So wird etwa die Frage, ob der 1. Mai und der 9. November Feiertage sein sollen, zu einer politischen Frage erklärt, zu der die Gewerkschaften dementsprechend nicht Stellung zu nehmen haben (Dok. 22 und 55). Regierungen könne man zwar stürzen, aber was kommt nachher? (Dok. 50) Welche Bedeutung sollen die Arbeiterkammern haben? (Dok. 23 und 60) Welche Funktionen sollen die Betriebsräte wahrnehmen? (Dok. 5, 15, 17, 20)

Das größte Problem war natürlich in dieser Zeit die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Lohnabhängigen, insbesondere der Mitglieder

der Gewerkschaften. Eine hohe Arbeitslosigkeit und die Hyperinflation des Jahres 1923 setzten jedem Versuch, die gewonnene politische Macht wirtschaftlich umzusetzen, sehr enge Grenzen: Abfangen von Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschäftigungsprogramme, Unterstützung bei Notlagen etc. stehen im Vordergrund. Lohnbewegungen werden von den zentralen Gewerkschaften unter dem Gesichtspunkt diskutiert, daß die Inflation bekämpft werden muß (Dok. 57, 58). Die Gewerkschaften müssen gesamtwirtschaftlich handeln. Sie stellen dabei fest, daß viele Verteilungskonflikte nicht nur zwischen Lohnabhängigen und Unternehmen existieren, sondern auch zwischen verschiedenen Gruppen von Lohnabhängigen (z. B. Konflikt um den Brotpreis). Gewerkschaften sind daher nicht nur Kampforganisationen gegen jemand anderen, sondern auch Konfliktregulierungsinstanzen zwischen verschiedenen von ihr vertretenen Gruppen (Dok. 67).

Dabei hatten die freien Gewerkschaften das Problem der Konkurrenz der Kommunisten. Die Auseinandersetzung mit den „Moskowitzern“ nimmt erheblichen Raum ein. Die Sozialdemokraten traten dabei als gute Staatsbürger auf, was ihnen z. B. vom SPD-Innenminister Preußens, Severing, bestätigt wird.

„Bei sämtlichen größeren Streikbewegungen und Unruhen der letzten Zeit hat es sich gezeigt, daß sie entweder dadurch verursacht oder in ihrem Verlauf dadurch verschärft worden sind, daß der Einfluß der Gewerkschaften nicht in dem erforderlichen Maße vorhanden war.“ (Dok. 101, S. 148)

Der dritte Band (in zwei Teilen) umfaßt die ruhigste Zeit dieser Edition, 1924 bis Anfang 1930: nach der großen Inflation bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise. Es ist der Alltag gewerkschaftlicher Politik; z. B. Arbeitszeitregulierungen (Dok. 16, 29, 123, 131): Schwierigkeiten gibt es dabei für die Gewerkschaften nicht nur mit ihren

politischen Gegnern. Die Konsumvereine können sich mit dem Nachtbackverbot nicht abfinden (Dok. 16), Arbeitszeitverkürzungen müssen mit einer Kontrolle von Überstunden verbunden werden, die von den Arbeitern oft nicht akzeptiert werden (Dok. 123). Die Lohnbewegungen spielen in diesem Band eine geringe Rolle, da Lohnerhöhungen von den einzelnen Gewerkschaften erkämpft und ausgehandelt werden. Mit Befriedigung wird nur festgestellt, daß ein immer größerer Teil von Arbeitern von Kollektivverträgen erfaßt wird. Ausgiebig diskutiert wurden im Zusammenhang mit der Lohnbewegung die Möglichkeit des Staates, mit Zwangstarifen und zwangsweisen Schlichtungsverfahren in die Verhandlungen einzugreifen (Dok. 176).

Eine große Bedeutung haben die internen Organisationsprobleme, d. h. der Versuch, die Berufsgewerkschaften zurückzudrängen und zu einem Industriegruppenprinzip überzugehen (Dok. 29, 52, 53, 59, 61). Wie groß die damit verbundenen Schwierigkeiten sind, kann u. a. an folgender Stelle abgelesen werden:

„Mindestens 90 Prozent des Speiseessigs werden in der chemischen Industrie hergestellt. Die dabei beschäftigten Arbeiter können nicht der Lebensmittelindustrie zugeführt werden.“ (Dok. 53, S. 425)

Eigene wirtschaftspolitische Ideen werden nur wenig diskutiert: Dok. 126 beschäftigt sich mit Vorstellungen zur Wohnungswirtschaft. Die Sozialpolitik bezieht sich fast ausschließlich auf Arbeitslosenprobleme, wobei in Dok. 158 gegen kommunistische Vorstellungen darauf bestanden wird, daß es sich dabei um Versicherungsprobleme handelt und daher nicht einfach die Forderung aufgestellt werden kann, daß die Unternehmen zahlen sollen.

Ablehnend steht man allen Vorstellungen gegenüber, daß im Kapitalismus ein sozialistischer Sektor entstehen könne, der letztlich den Kapitalismus herausfordern kann – eine Vor-

stellung, die in Österreich von Karl Renner vertreten wurde (Dok. 189, 195). Es gibt damit keine Verbindung zwischen dem Kampf für Verbesserungen des Lebens der Arbeiter im Kapitalismus mit der Perspektive für einen Sozialismus, wie das für den Austromarxismus typisch war. Zu vermuten ist, daß die freien Gewerkschaften in Deutschland etwas unabhängiger von der sozialdemokratischen Partei waren als dies in Österreich der Fall war. In einem Brief der Gewerkschaften an die sozialdemokratische Partei zum Entwurf des neuen Parteiprogramms heißt es:

„Der neunte Absatz der Einleitung beginnt mit dem Satz: ‚Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf.‘ In dieser Formulierung entspricht der Gedanke nicht den Tatsachen. Der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiterklasse ist in erster Linie ein wirtschaftlicher Kampf, der von den Gewerkschaften ausgefochten wird und auch in Zukunft ausgefochten werden muß.“ (Dok. 65, S. 590, vgl. auch Dok. 224)

Die Gewerkschaften hatten auch Schwierigkeiten mit den Genossenschaften, insofern diese Mitglieder der Unternehmerverbände waren (Dok. 143).

Langfristige Überlegungen beschränken sich darauf, daß der moderne monopolistische Kapitalismus einen Fortschritt bedeutet:

„Der Zusammenschluß der Industrie zu Trustgebilden und die Ausdehnung von Kartellen und ähnlichen Organisationen, die im Rahmen der Volkswirtschaft oder international eine monopolistische Beherrschung des Marktes erstreben, wird von der Arbeiterschaft als der Ausdruck einer Entwicklung des Hochkapitalismus erkannt, in der erste Ansätze zur Überwindung der Produktionsanarchie durch eine geregelte Wirtschaft sichtbar werden.“ (Dok. 142, S. 851 f.)

Hohe Löhne als Mittel, die Unter-

nehmen zur Rationalisierung zu zwingen, werden, ähnlich wie in Österreich von Otto Bauer, begrüßt (Dok. 89).

Daß man von Österreich nicht nur lernen kann, nichts zu tun, zeigt folgende Stelle:

„Mit der Schaffung eines Organs wie es Tarnow andeutet, bin ich einverstanden, insbesondere wenn es nach dem österreichischen Vorbilde wie die Zeitschrift ‚Arbeit und Wirtschaft‘ ausgestaltet wird.“ (Dok. 2, S. 108)

Von den bisher erschienenen Bänden ist wohl der vierte Band der traurigste. Es gibt ein dominierendes Thema: Die Wirtschaftskrise und ihre Folgen. Das Erschreckende daran ist die Ohnmacht der Gewerkschaften, über Möglichkeit der Krisenbekämpfung vernünftig zu sprechen. Zwar hatten sie in ihren Reihen Ökonomen, die durchaus damals moderne Ideen hatten, und sie waren auch bereit, diese Ökonomen zur Beratung hinzuzuziehen (Band 3, Dok. 210 über Lohnpolitik in der Konjunktur), aber sehr viel konnten die Gewerkschaften damit nicht anfangen. Zwar erkannte man, daß mangelnde Nachfrage die Ursache der Krise sei, und wußte daher, daß die von Unternehmern geforderten Lohnkürzungen keinen Weg aus der Krise darstellten, aber die Angst vor einer neuen Inflation war so groß, daß jede Form kreditfinanzierter Ausgaben abgelehnt wurde (Dok. 61, 63, 76; Band 3, Dok. 106).

Es wurden die verschiedensten Pläne gegen die Arbeitslosigkeit erörtert; Die Arbeitszeit soll verkürzt werden (Dok. 4, 47); Periodisch sollten Arbeiter gegen Arbeitslose ausgetauscht werden (Dok. 24); Frauen sollen aus dem Arbeitsprozeß herausgenommen werden (Dok. 21, 28, 36); ein gesetzlicher Einstellungszwang wird erörtert (Dok. 47). Anfangs erklärt man sich auch bereit, an der Senkung der Produktionskosten mitzuarbeiten, sofern die andere Seite ebenfalls dazu bereit ist (Dok. 4, 50). Ein Vertreter der Landarbeiter findet, daß die Beamten zuviel verdienen, sodaß der Staat keine Beschäftigungspolitik betreiben

kann (Dok. 42). Aber letztlich bleibt nur die Klage über den Kapitalismus und der Aufruf an die Arbeiter, entschlossen dem Lohnabbau entgegenzutreten.

„Leipart (der Vorsitzende des ADGB, P. R.) hält es für unmöglich, bei diesem erneuten Lohnabbau von uns aus die verbindliche Erklärung zu beantragen. Es müßte s. E. den Kampfmut und das Vertrauen zur Organisation und zur eigenen Kraft stärken, wenn auf die verbindliche Erklärung verzichtet würde.“ (Dok. 88, S. 558)

„Broesigke (Vorsitzender der Hutmacher, P. R.): Wir sollten die Arbeiter ganz allgemein anweisen, daß sie sich gemeinsam gegen den Lohnraub wehren. Die Arbeiterschaft muß wissen, daß der Bundesvorstand sie in ihrem Vorgehen stützt.“ (Dok. 126, S. 684)

Selbstverständlich wird der Kapitalismus angeklagt und die Untätigkeit der Regierung.

„Wels (Mitvorsitzender der SPD, Sattler, P. R.) ist der Auffassung, daß alle Kräfte der Arbeiterbewegung mobil gemacht werden müßten, die schwere Periode sei nur zu überstehen, wenn Partei und Gewerkschaften Schulter an Schulter kämpfen. (Dok. 44, S. 313)

„Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlich Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß berufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus.“ (der Vorsitzende Leipart, Dok. 76, S. 502)

Wer einen Beweis dafür sucht, daß es schreckliche politische Folgen haben kann, wenn Ideen von politischen Akteuren in einer ideologisch präformierten Sprache und ihren Bildern gefangen sind, wird ihn in diesem Band finden.

In die in diesem Band behandelte Zeit fällt auch ein verstärkter Kontakt mit der Regierung, die bei Erlassung von Notverordnungen die Gewerkschaften kontaktiert hatte. Für die Ge-

werkschaft entstand dabei das Dilemma, daß sie den Notverordnungen nicht zustimmen konnte, weil jede von ihnen primär das Ziel hatte, die Lohnkosten zu senken, sie selbst aber keine Alternative hatte. Außerdem bemerkte sie sehr rasch, daß jede Notverordnung schrecklicher war als die vorangehende. Im letzten Teil dieses Bandes werden die Versuche, die gewerkschaftlichen Organisationen unter Hitler aufrechtzuerhalten, wiedergegeben.

Der Band 6 ist der erste von drei Bänden, der sich mit der Nachkriegszeit bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. In diesem Band sind die Dokumente zum organisatorischen Aufbau der Gewerkschaften wiedergegeben. Er bietet wenig Material zu Problemen der Gewerkschaftsentwicklung, mehr zur Geschichte der westlichen Zonen Deutschlands nach 1945. Es war selbstverständlich, die Berufsgewerkschaften nicht wieder zu errichten, ebenso daß die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Richtungsgewerkschaft nicht wieder begonnen werden darf. Die Diskussion rankt sich vor allem um das Ausmaß der Zentralisierung der Gewerkschaften (z. B. Dok. 171, in dem gefordert wird, daß der zentrale Gewerkschaftsverband die Kassenhoheit hat; ähnlich Dok. 186). In viel stärkerem Ausmaß, als dies in Österreich der Fall war, wurden die deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg von unten her aufgebaut. Dies war aber nicht unbedingt politisch gewollt, sondern auch durch die restriktive Politik der Besatzungsmächte betreffend gesamtdeutscher Organisationen bewirkt (Dok. 187). Der Band enthält Dokumente zum Aufbau der Gewerkschaften nach Besetzungszonen unterschieden. Daran schließen sich Dokumente für die bizonalen bzw. trizonalen Strukturen an.

Die Gewerkschaften sahen in dieser Zeit zwei Aufgaben als besonders wichtig an: Mitarbeit an der Wiedererrichtung der Produktion und Sicherung der Versorgung ihrer Mitglieder

(z. B. Dok. 43). Beteiligt waren sie auch an der Neuorganisierung des politischen Lebens, unter anderem auch dadurch, daß sie allzu willige Mitarbeiter der Nazis aus den Betrieben hinausdrängten. Für die gegenwärtige politische Diskussion in Österreich ist interessant festzustellen, daß in Deutschland die gleichen Probleme auftauchten wie in Österreich und daß zu den gleichen Notlügen Zugriff genommen wurde:

„Die Engländer hätten durch ihren Einblick in die KZs und Zuchthäuser begreifen müssen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung absolut antifaschistisch eingestellt seien.“ (Dok. 78, S. 336)

Die Schwierigkeit mit rückkehrenden Emigranten findet sich in Dokument 100:

„Karl, Hannover, erklärt, daß es seiner Auffassung nach nicht richtig ist, die Kollegen aus der Emigration sofort in führende Stellung zu bringen, da sie mit einer ganz anderen Auffassung hier herüber gekommen sind und nicht das vertreten können, was wir unbedingt brauchen. Es kann und darf uns nicht daran gelegen sein, einen Mann, der eben 12 Jahre lang die Verhältnisse hier nicht verfolgt hat, in eine so wichtige Funktion zu bringen.“ (S. 380)

Der letzte Band ist schließlich der Angestelltenfrage gewidmet. Während es in Österreich eine eigene Angestellten-gewerkschaft innerhalb des ÖGB gibt, setzte sich in Deutschland das reine Industriegruppenprinzip durch. Das heißt Arbeiter und Angestellte einer Branche sind in jeweils einer Gewerkschaft organisiert. Dies hat zur Folge, daß jene Angestellten, die zwar gewerkschaftlich organisiert sein wollen, aber aus den verschiedensten Gründen nicht mit Arbeitern in einer Gewerkschaft sein wollen, eine eigene Gewerkschaft haben. Diese steht aber außerhalb des Gewerkschaftsbundes. Der Band gibt die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen zu diesem Problemkreis wider. Immer wieder schimmert durch in den Doku-

menten, daß trotz der Überparteilichkeit der deutschen Gewerkschaften nach 1945 jene Angestellten, die sich eher dem christlich-sozialen Lager zurechneten, fürchteten, im Rahmen der Industriegewerkschaften von sozialdemokratischen Organisationen vertreten zu werden (Dok. 90, 133). Die österreichische Lösung, nämlich den Gewerkschaftsbund überparteilich zu halten, aber in den Gewerkschaften Fraktionen zu akzeptieren, wurde in Deutschland nicht in Erwägung gezogen. Es geht in all diesen Dokumenten um unterschiedliche Lebenssituationen, unterschiedliches Einkommen und Bildungsniveau und unterschiedliches politisches Bewußtsein. Man findet auch Dokumente zu den organisatorischen Bemühungen um die Einheit bzw. die Trennungen, d. h. Friedensschlüsse mit gegenseitiger organisatorischer Reservatbildung und Kriegserklärungen, bei denen festgestellt wird, daß die Reservate nicht eingehalten wurden.

Diese Dokumentation bietet der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung über die Deutschen

Gewerkschaften sehr viel Material. Der zahlreichen Verweise auf Sekundärliteratur in den Fußnoten erleichtern die Benützung der Bände für intensive Forschung zu einzelnen Fragen. Zu hoffen ist, daß der nunmehr leichte Zugang zu vielen Dokumenten nicht dazu verleitet, umfassende Schlüsse nur aus den hier abgedruckten Dokumenten zu ziehen. Die anfangs erwähnten Einschränkungen müssen unbedingt beachtet werden.

Darüber hinaus ist das Lesen dieser Bände für jede/n, die/der sich für Gewerkschaften interessiert, spannend – vor allem die ersten vier Bände. Gewiß ist wegen des Umfangs der Dokumentation viel Zeit für die Lektüre erforderlich. Aber man erfährt auch sehr viel – nämlich, daß sich fast jede Theorie über Gewerkschaften an Hand dieses Materials bestätigen und widerlegen läßt. Wer nach dem Lesen genau weiß, was Gewerkschaften tun, welche Funktion sie im Kapitalismus haben, soll nochmals anfangen, die Bände zu studieren.

Peter Rosner